Kassel documenta Stadt
Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie

Geschäftsstelle:
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Feyza Tanyeri
feyza.tanyeri@kassel.de
Telefon 0561 787 1225
Fax 0561 787 2182

Rathaus
Obere Königsstraße 8
34117 Kassel
W224a

Behördennummer 115
Rechtshinweise
zur elektronischen
Kommunikation
im Impressum unter
www.kassel.de

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Klima, Umwelt und Energie
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

31. März 2022

Guten Tag,

zur **8.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Energie lade ich ein für

Donnerstag, 7. April 2022, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel.

Es gilt die 3G-Regelung!
Während der Sitzung sind die Hygieneregelungen einzuhalten und es ist eine medizinische Maske (OP-Maske oder Schutzmaske der Standards FFP2) zu tragen.

Tagesordnung:

1. **Resolution: Rettet den Reinhardswald!**
   Antrag der AfD-Fraktion
   Berichterstatter/in: Stadtverordneter Michael Werl
   - 101.19.386 -

2. **Kasseler Wärmenetze planen und ausweiten**
   Gemeinsamer Antrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD
   Berichterstatter/in: Stadtverordnete Luzie Pfeil
   - 101.19.412 -

3. **Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlamm**
   Anfrage FDP-Fraktion
   Berichterstatter/in: Stadtverordneter Sascha Bickel
   - 101.19.428 -

Schrift: Kassel 10 pt, Zeilenabstand: 14 pt, Dateiformat: pdf

4. Smart Metering und digitale Messgeräte
Anfrage FDP-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Sascha Bickel
- 101.19.429 -

Freundliche Grüße

gez. Eva Koch
Vorsitzende

Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie

8. April 2022

Niederschrift
über die 8. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Klima, Umwelt und Energie
am **Donnerstag, 7. April 2022, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder

Eva Koch, Vorsitzende, B90/Grüne	
Dr. Cornelia Janusch, 1. stellvertretende Vorsitzende, SPD	
Lucian Hanschke, Mitglied, B90/Grüne	(Vertretung für Kerstin Linne)
Christine Hesse, Mitglied, B90/Grüne	
Luzie Pfeil, Mitglied, B90/Grüne	
Dr. Rabani Alekuzei, Mitglied, SPD	
Ramona Kopec, Mitglied, SPD	(Vertretung für Dr. Ron-Hendrik Hechelmann)
Holger Augustin, Mitglied, CDU	
Holger Römer, Mitglied, CDU	
Vera Wilmes, Mitglied, CDU	
Violetta Bock, Mitglied, DIE LINKE	
Sven René Dreyer, Mitglied, AfD	
Sascha Bickel, Mitglied, FDP	

Teilnehmer mit beratender Stimme
Hailu Etissa Debissa, Vertreter des Ausländerbeirates
Ariane Kipp, Vertreterin des Behindertenbeirates

Magistrat
Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

Schriftführung
Feyza Tanyeri, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:
Jennifer Rieger, Stadtverordnete, Die PARTEI

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Dr. Anja Starick, Umwelt- und Gartenamt

Tagesordnung:

1.	**Resolution: Rettet den Reinhardswald!**	101.19.386
2.	**Kasseler Wärmenetze planen und ausweiten**	101.19.412
3.	**Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlamm**	101.19.428
4.	**Smart Metering und digitale Messgeräte**	101.19.429

Vorsitzende Koch eröffnet die mit der Einladung vom 31. März 2022 ordnungsgemäß einberufene 8. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Energie, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit und Tagesordnung fest.

1. Resolution: Rettet den Reinhardswald!
Antrag der AfD-Fraktion
- 101.19.386 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Namen einer irregeleiteten Energiewende sollen im Reinhardswald etwa 20 Millionen Quadratmeter (2 000 Hektar) Waldgebiet zur Errichtung von Windkraftanlagen vernichtet werden. Deshalb fordert die Stadtverordnetenversammlung die schwarzgrüne Landesregierung auf, unverzüglich die Zerstörung von Tier- und Pflanzenwelt im Reinhardswald zu stoppen.

Sämtliche Aktivitäten sind sofort einzustellen und Genehmigungen zurückzuziehen. Der Reinhardswald ist von der Landesregierung zum Schutzgebiet zu erklären, in welchem keine baulichen Maßnahmen erlaubt sind, welche nicht dem Schutz von Tier- und Pflanzenwelt dienen und über die umweltverträgliche Bewirtschaftung des Waldes hinausgehen.

Infolgedessen sind die Bürger dazu aufgerufen der Zerstörung des Grimm'schen Märchenwaldes und dem, durch die schwarzgrüne Landesregierung verübten Verbrechen gegen die Natur, entschieden entgegenzutreten.

Stadtverordneter Dreyer, AfD-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie fasst bei
Zustimmung: AfD
Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der AFD-Fraktion betr. Resolution: Rettet den Reinhardswald!, 101.19.386, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Hesse

2. Kasseler Wärmenetze planen und ausweiten
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD
- 101.19.412 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> Der Magistrat der Stadt Kassel wird gebeten, in einer der nächsten Sitzungen eine*n Verteter*in der Städtischen Werke in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie einzuladen, um über die Zeit- und Kostenplanung für die Umsetzung des Maßnahmenvorschlags 2020-EV-02 „Anschluss nahegelegener Gebäude an das Kasseler Fernwärmenetz sowie Netzausbau und -verdichtung in den Stadtteilen Waldau Industriegebiet und Mitte“ und den Stand der Satzungsentwicklung einer Fernwärmesatzung zu berichten.

Stadtverordnete Pfeil, Fraktion B90/Grüne, begründet den gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD betr. Kasseler Wärmenetze planen und ausweiten, 101.19.412, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Dr. Janusch

3. Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlamm
Anfrage FDP-Fraktion
- 101.19.428 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie bewertet der Magistrat die ökologischen und ökonomischen Chancen der Rückgewinnung von Phosophor aus Aschen, die bei der Verwertung von Klärschlamm entstehen?
2. Wie schätzt der Magistrat die Nutzungsmöglichkeiten des neuen Ash2Phos-Verfahrens ein?
3. Wird das Kraftwerk Kassel im Zuge der Umstellung von Kohle- auf Klärschlammverbrennung auch auf die Rückgewinnung von Phosphor vorbereitet?

Stadtbaurat Nolda beantwortet die Anfrage.
Die schriftliche Beantwortung wird der Niederschrift beigefügt.

Vorsitzende Koch erklärt die Anfrage für erledigt.

4. Smart Metering und digitale Messgeräte
Anfrage FDP-Fraktion
- 101.19.429 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie bewertet der Magistrat die Chancen von Smart Metering (Einsatz intelligenter Messgeräte, die Strom-, Gas-, Wasser- bzw. Fernwärmeverbrauch digital an den Anbieter übertragen) als Beitrag zum Ressourcen- und Klimaschutz?
2. Wann wird die Einführung von Smart Metern nach §§ 29-31 Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) durch die Städtische Werke AG beginnen?
3. Wie viele analoge Messgeräte setzt die Städtische Werke AG noch ein (Stand 31.12.2021)?

4. Nach welchem Zeitplan wird die Städtische Werke AG in Haushalten, die nicht unter §§ 29-31 Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) fallen, digitale Messgeräte einführen?

Stadtbaurat Nolda beantwortet die Anfrage.
Die schriftliche Beantwortung wird der Niederschrift beigefügt.

Vorsitzende Koch erklärt die Anfrage für erledigt.

Ende der Sitzung: 17:24 Uhr

Eva Koch
Vorsitzende

Feyza Tanyeri
Schriftführerin

Kassel documenta Stadt

AfD
Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3265
Telefax 0561 787 3266
fgs@afd-fraktion-kassel.de

22. Februar 2022

Vorlage Nr. 101.19.386

Resolution: Rettet den Reinhardswald!

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Namen einer irregeleiteten Energiewende sollen im Reinhardswald etwa 20 Millionen Quadratmeter (2 000 Hektar) Waldgebiet zur Errichtung von Windkraftanlagen vernichtet werden. Deshalb fordert die Stadtverordnetenversammlung die schwarzgrüne Landesregierung auf, unverzüglich die Zerstörung von Tier- und Pflanzenwelt im Reinhardswald zu stoppen.

Sämtliche Aktivitäten sind sofort einzustellen und Genehmigungen zurückzuziehen. Der Reinhardswald ist von der Landesregierung zum Schutzgebiet zu erklären, in welchem keine baulichen Maßnahmen erlaubt sind, welche nicht dem Schutz von Tier- und Pflanzenwelt dienen und über die umweltverträgliche Bewirtschaftung des Waldes hinausgehen.

Infolgedessen sind die Bürger dazu aufgerufen der Zerstörung des Grimm'schen Märchenwaldes und dem, durch die schwarzgrüne Landesregierung verübten Verbrechen gegen die Natur, entschieden entgegenzutreten.

Begründung:

Seit Jahrhunderten haben Regierende und Regierungen den Reinhardswald unter ihren besonderen Schutz gestellt. Nur so konnte ein einzigartiges Waldgebiet entstehen, das - unter anderen - die Brüder Grimm ebenso inspirierte wie Annette von Droste-Hülshoff.

Die Landesregierung hat im Reinhardswald 7 Vorranggebiete mit insgesamt 2.000 Hektar, das sind 20 Millionen Quadratmeter, Fläche für Windkraftanlagen

ausgewiesen, auf denen jeweils bis zu 20 Windkraftanlagen errichtet werden sollen. Die ersten 18 Anlagen sind bereits genehmigt worden. Sogenannte Harvester fressen sich bereits jetzt unerbittlich durch den Reinhardswald, welche gesunde, bis zu 195 Jahre alte Bäume fällen. Naturschützer und Anwohner stehen mit Entsetzen vor meterdicken Baumstümpfen.

Für jede einzelne der bis zu 240 m hohen Anlagen muss ein Fundament mit den Abmessungen eines großen Einfamilienhauses und einem Gewicht von mindestens 3.000 Tonnen in den Waldboden gegossen werden. Ferner müssen zur Anlieferung der extrem schweren Teile einer solchen Industrie-Anlage breite Schneisen in den Wald geschlagen und der Untergrund so verfestigt werden, dass die bis zu 200 Tonnen schweren Einzelteile von Spezial-Fahrzeugen an die Baustelle geliefert werden können. Viele Kilometer Stromkabel sollen den Wald durchziehen.

Die Windkrafterzeugung mit den schon heute in der Region stehenden Anlagen liefert desaströse Ergebnisse. Im Jahr 2019 lieferten die Anlagen nicht einmal 0,5 % der nominalen Leistung. Bei einer solchen Energieerzeugung müssten die Anlagen mehrere Jahre betrieben werden, bis sie so viel Energie erzeugt haben, wie für ihre Herstellung und Errichtung verbraucht wurde.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich ein gesellschaftlicher Konsens unter dem Motto „Wald braucht Schutz“ herausgebildet und verfestigt. Nunmehr wird erbarmungslos Hand an das größte, seit Jahrhunderten gewachsene Waldgebiet Hessens gelegt. Die Zerstörung der Tier- und Pflanzenwelt wird an jeder einzelnen Baustelle gewaltig und nachhaltig sein.

Wie für den Rheinländer der Rhein nicht ein beliebiges Gewässer darstellt, welches man zur Energiegewinnung mal eben umleiten könnte, so ist der Reinhardswald für die nordhessische Bevölkerung nicht irgendein Waldgebiet. Für die Menschen in Nordhessen und insbesondere in der Region Kassel ist der Reinhardswald fester Bestandteil ihrer Heimat und prägend für ihr Heimatgefühl. Jeder Bürger ist deshalb aufgefordert der Zerstörung seiner Heimat entgegenzutreten.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Michael Werl

gez. Sven R. Dreyer
Fraktionsvorsitzender

Stadtverordnetenversammlung
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD

Kassel documenta Stadt

Vorlage Nr. 101.19.412

7. März 2022

Kasseler Wärmenetze planen und ausweiten

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird gebeten, in einer der nächsten Sitzungen eine*n Verteter*in der Städtischen Werke in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie einzuladen, um über die Zeit- und Kostenplanung für die Umsetzung des Maßnahmenvorschlags 2020-EV-02 „Anschluss nahegelegener Gebäude an das Kasseler Fernwärmenetz sowie Netzausbau und -verdichtung in den Stadtteilen Waldau Industriegebiet und Mitte“ und den Stand der Satzungsentwicklung einer Fernwärmesatzung zu berichten.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Luzie Pfeil

Christine Hesse
Fraktionsvorsitzende
B90/Grüne

Steffen Müller
Fraktionsvorsitzender
B90/Grüne

Ramona Kopec
Fraktionsvorsitzende SPD

Wolfgang Decker
Fraktionsvorsitzender
SPD

Freie Demokraten
Rathaus-Fraktion Kassel FDP

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 2500
Telefax 0561 787 2502
info@fdp-fraktion-kassel.de
www.fdp-fraktion-kassel.de

Vorlage Nr. 101.19.428

Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlamm

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie bewertet der Magistrat die ökologischen und ökonomischen Chancen der Rückgewinnung von Phosophor aus Aschen, die bei der Verwertung von Klärschlamm entstehen?
2. Wie schätzt der Magistrat die Nutzungsmöglichkeiten des neuen Ash2Phos-Verfahrens ein?
3. Wird das Kraftwerk Kassel im Zuge der Umstellung von Kohle- auf Klärschlammverbrennung auch auf die Rückgewinnung von Phosphor vorbereitet?

Um schriftliche Antwort wird gebeten.

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Sascha Bickel

gez. Matthias Nölke
Fraktionsvorsitzender

Anlage zu TOP 3

Dezernat für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr 30.03.2022

KASSELWASSER

Stadtverordneten-Versammlung
Kassel
Eing.: 19. APR. 2022

Anfrage der FDP-Fraktion, Vorlage Nr. 101.19.428

Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie am 07.04.2022

Anfrage zur Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlamm

Fragesteller: Sascha Bickel

Antwort

1. Wie bewertet der Magistrat die ökologischen und ökonomischen Chancen der Rückgewinnung von Phosphor aus Aschen, die bei der Verwertung von Klärschlamm entstehen?

Antwort
Phosphor ist ein wichtiges Düngemittel, aber auch für unseren Organismus ein lebenswichtiges, chemisches Element. Es kommt in der Erdkruste nur begrenzt vor und ist mit heutigen Abbaumethoden vielleicht noch 100 Jahre aus den bisher bekannten Lagerstätten abbaubar. Daher wurden schon in der Vergangenheit Wirtschaftsdünger, wie Mist und Gülle, oder Sekundärrohstoffdünger (z.B. Klärschlamm) in der Landwirtschaft stofflich verwertet. So kam ein Teil des Phosphors in den Stoffkreislauf zurück. In Deutschland könnte man ca. 25 % des Bedarfs aus stofflich verwerteten Klärschlamm decken.

Aufgrund der Schadstoffdiskussion wurde die stoffliche Verwertung jedoch gesetzgeberisch stark eingeschränkt. So wird in Zukunft auf die Klärschlammmonoverbrennung mit anschließender P-Rückgewinnung aus der Asche gesetzt. Diese Verfahren sind weitaus teurer als die stoffliche Verwertung, senken allerdings das Risiko der stofflichen Verwertung, dass andere Schadstoffe auf dem Acker verbleiben.

Mit Inkrafttreten der Verordnung zur Neuordnung der Klärschlammverwertung (AbfKlärV) am 3. Oktober 2017 hat das Gebot zur Phosphorrückgewinnung Rechtsverbindlichkeit erhalten. Bis zum Jahr 2029 müssen Betreiber von Kläranlagen mit über 100.000 Einwohnergleichwerten, damit auch die Stadt Kassel, die Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlamm bzw. der Klärschlammasche sicherstellen. Die P-Rückgewinnung wird durch die neue AbfKlärV zu einer zeitlich abgestuften gesetzlichen Pflichtaufgabe.

2. Wie schätzt der Magistrat die Nutzungsmöglichkeiten des neuen Ash2Phos-Verfahrens ein?

Antwort
Der Kasseler Klärschlamm wird im Kraftwerk Dennhäuser Straße verbrannt. Die Verfahren, die Phosphor aus Klärschlammaschen rückgewinnen, lassen sich grob in drei Verfahrensfamilien einteilen. Diese sind i.d.R. nasschemische oder thermochemische Aufschlussverfahren.

Ash2Phos gehört zur Gruppe der nasschemischen Verfahren. Alle Verfahren stellen daher noch nicht die allgemein anerkannten Regeln der Technik bei der P-Rückgewinnung aus Klärschlammaschen dar. Das nachgefragte Verfahren kann nach der Praxisreife bei einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung mit einbezogen werden.

Christof Nolda
Stadtbaurat

- IK -

Stadtverordneten-Versammlung
Kassel
Eing.: 13. APR. 2022

Kassel, 4. April 2022
Herr Reyer
☎ 20 55

- VI - über - I -

Dezernat VI
Eing.: 07. April 2022
Anl. ...

Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie am 7. April 2022
Anfrage der FDP-Fraktion - Vorlage Nr. 101.19.428
Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlamm

Zu Punkt 3. der oben genannten Anfrage nehmen wir in Abstimmung mit der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH wie folgt Stellung:

„Wird das Kraftwerk Kassel im Zuge der Umstellung von Kohle- auf Klärschlammverbrennung auch auf die Rückgewinnung von Phosphor vorbereitet?“

Im Rahmen der Klärschlamm- und Altholzverbrennung im Fernwärmekraftwerk Kassel wird man ein wirtschaftliches Verfahren zur Phosphorrückgewinnung suchen.

Zurzeit sind unterschiedlichste Verfahren auf dem Markt. Es wurden bereits erste Sondierungsgespräche durch die Geschäftsführung der EWG geführt.

Im Auftrag

Bernd Reyer

Freie Demokraten
Rathaus-Fraktion Kassel FDP

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 2500
Telefax 0561 787 2502
info@fdp-fraktion-kassel.de
www.fdp-fraktion-kassel.de

Vorlage Nr. 101.19.429

Smart Metering und digitale Messgeräte

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie bewertet der Magistrat die Chancen von Smart Metering (Einsatz intelligenter Messgeräte, die Strom-, Gas-, Wasser- bzw. Fernwärmeverbrauch digital an den Anbieter übertragen) als Beitrag zum Ressourcen- und Klimaschutz?
2. Wann wird die Einführung von Smart Metern nach §§ 29-31 Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) durch die Städtische Werke AG beginnen?
3. Wie viele analoge Messgeräte setzt die Städtische Werke AG noch ein (Stand 31.12.2021)?
4. Nach welchem Zeitplan wird die Städtische Werke AG in Haushalten, die nicht unter §§ 29-31 Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) fallen, digitale Messgeräte einführen?

Um schriftliche Antwort wird gebeten.

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Sascha Bickel

gez. Matthias Nölke
Fraktionsvorsitzender

Anlage zu TOP 4

- IK -

Kassel, 6. April 2022
Herr Reyer
☎ 20 55

Stadtverordneten-Versammlung
Kassel
Eing.: 13. APR. 2022

- VI - über - I - 06.04.22

Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie am 7. April 2022
Anfrage der FDP-Fraktion - Vorlage Nr. 101.19.429
Smart Metering und digitale Messgeräte

Zu der oben genannten Anfrage nehmen wir in Abstimmung mit der Städtische Werke Netz + Service GmbH wie folgt Stellung:

1. **Wie bewertet der Magistrat die Chancen von Smart Metering (Einsatz intelligenter Messgeräte, die Strom-, Gas-, Wasser- bzw. Fernwärmeverbrauch digital an den Anbieter übertragen) als Beitrag zum Ressourcen- und Klimaschutz?**

   Im Zusammenhang mit Ressourcen- und Klimaschutz spielt die Transparenz der Energieverbräuche eine wichtige Rolle. Nur wer seinen Verbrauch kennt, kann sein Verbrauchsverhalten anpassen bzw. weiterführende Maßnahmen zur Verbrauchsreduktion einleiten. Der Online-Zugriff auf aktuelle Verbrauchsdaten mit der Darstellung der Kosten macht das Verbrauchsverhalten transparent. Anders als bei den bisherigen Zählern ohne Fernauslesemöglichkeit können sogenannte Smart Meter kontinuierlich Verbrauchsdaten liefern. Gesetzliche Vorgaben zum Einbau fernauslesbarer Zähler gibt es für Strom-, Gas- und Wärmezähler.

   Für die Digitalisierung der Energiewende spielen die intelligenten Messsysteme eine herausragende Rolle. Sie integrieren die zukünftig steuerbaren Verbraucher wie Wärmepumpen und Wallboxen sowie dezentrale, in der Regel erneuerbare, Erzeugungsanlagen in eine Energiemanagement-Plattform. Über dieses System ist nicht nur der Momentanverbrauch und die Erzeugung abrufbar, sondern über den eigens dafür entwickelten Kommunikationskanal (CLS-Kanal) können z. B. Aggregatoren die Geräte steuern und deren Flexibilitäten u. a. zum Ausgleich von volatiler erneuerbarer Erzeugung nutzen.

2. **Wann wird die Einführung von Smart Metern nach §§ 29-31 Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) durch die Städtische Werke AG beginnen?**

   Die Verpflichtung, den Rollout intelligenter Messsysteme und moderner Messeinrichtungen umzusetzen, trifft den grundzuständigen Messstellenbetreiber die Städtische Werke Netz + Service GmbH (Die Städtische Werke Aktiengesellschaft ist Energielieferant). Bereits seit 2017 werden bei Turnuswechseln von Stromzählern moderne Messeinrichtungen gemäß § 29 MsbG eingebaut. Die Einführung intelligenter Messsysteme hat sich aufgrund großer technischer Schwierigkeiten der Gatewayhersteller, die technischen Richtlinien des BSI (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik) zu implementieren, stark verzögert. Die Städtische Werke Netz + Service GmbH hat die dafür notwendigen IT-Systeme implementiert und die notwendigen Prozesse aufgebaut, die derzeit intensiv getestet werden. Gut funktionierende und stabile Prozesse und IT-Systeme sind Grundvoraussetzung für den Massenrollout und Betrieb.

   Die Technik (sowohl die Smart Meter Gateways als auch die dazugehörige IT-Systeme) ist neu und wird kontinuierlich weiterentwickelt. Den massenprozessfähigen Zustand wird die Städtische Werke Netz + Service GmbH voraussichtlich im dritten Quartal erreichen. Bis dahin werden die intelligenten Messsysteme im Testbetrieb eingesetzt.

3. **Wie viele analoge Messgeräte setzt die Städtische Werke AG noch ein (Stand 31.12.2021)?**

   Die Städtische Werke Netz + Service GmbH betreibt ca. 160.000 Stromzähler. Davon sind (Stand heute) ca. 35.000 moderne Messeinrichtungen bzw. elektronische Zähler. Bei den übrigen Geräten handelt es sich überwiegend um klassische Ferraris-Zähler. Diese werden bis 2032 sukzessive durch moderne Messeinrichtungen und intelligente Messysteme ersetzt.

4. **Nach welchem Zeitplan wird die Städtische Werke AG in Haushalten, die nicht unter §§ 29-31 Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) fallen, digitale Messgeräte einführen?**

   Gemäß § 29 MsbG sind alle Messstellen mit intelligenten Messsystemen (§ 29 Abs. 1 und 2) oder modernen Messeinrichtungen (§ 29 Abs. 3) auszustatten. Dies muss bis 2032 erfolgt sein. In der Sparte Wärme werden alle Zähler gemäß § 3 Abs. 3 FFVAV bis 2026 auf fernauslesbare Funktechnik umgerüstet.

   Für die Medien Wasser und Gas (mit Ausnahme registrierende Lastgangmessung) gibt es aktuell keine gesetzlichen Vorgaben zur Fernauslesbarkeit. Diese Zähler werden nach Bedarf umgerüstet.

Im Auftrag

B. Reyer

Bernd Reyer